

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/53

Hannover, 5. Mai 1948

Das "Anderere" und das "Freie" Deutschland

HPK. Anfang 1948 wurde in Hannover die Forschungsgemeinschaft des "Anderen Deutschland" gegründet. Es handelt sich hierbei um eine überparteiliche Forschungsgemeinschaft, die sich vor allem das Studium der Geschichte der letzten dreissig Jahre zur Aufgabe gemacht hat. Nach Verlautbarungen des "Anderen Deutschland" geht es hierbei besonders um folgende drei Punkte:

1. Objektive, überparteiliche Forschung und Aufklärung, um dem deutschen Volk, insbesondere der irreführten Jugend, die von uns gewonnenen Erkenntnisse zu vermitteln, damit es in der Lage ist, daraus die richtigen Lehren zu ziehen.
2. Forschung und Aufklärung über die Gegenkräfte jeder friedlichen Entwicklung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die
 - a) Hitler an die Macht gebracht,
 - b) heute wiederbereit sind, unter Anwendung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Druckmittel den chauvinistischen Weg des Verderbens stur weiterzugehen.
3. Die Ehrenrettung der Opfer Hitler'scher Blutjustiz.

Dass sich diese Gemeinschaft nur für gesamtdeutsche Erfordernisse einsetzen und über Parteien und Zonen stehen will, ist ein anerkennenswerter Gedanke. Nur gibt es heute in Deutschland noch mehr Organisationen, die sich angeblich über alle Zonen und Parteien hinweg für gesamtdeutsche Belange einsetzen. Bei diesen anderen Organisationen hat es sich inzwischen erwiesen, dass in den meisten Fällen eine politische Richtung, nämlich die Kommunisten, es verstanden haben, ihre Wahrheit und ihre Ziele als die "gesamtdeutschen" zu propagieren. Dass diese Wahrheit im Sinne der gesamtdeutschen Belange aber keine Wahrheit, sondern eine Lüge ist, dass diese Ziele mit gesamtdeutschen Belangen überhaupt nichts zu tun haben, sondern einseitige russische Belange sind, das dürfte heute dem Letzten klar geworden sein, der sich einigermaßen mit unserer Nachkriegspolitik beschäftigt hat.

Die Forschungsgemeinschaft hat Anfang 1948 ein Heft "Wahrheit der Waffe" herausgegeben, in dem sie ihre Ziele skizziert. Ein Aufsatz in diesem Heft heisst: "Wie stehen wir zum Nationalkomitee 'Freies Deutschland'?". Dieser Aufsatz ist es, der unsere Skepsis geweckt hat. Die Freigestellung dieses Aufsatzes wurde auf der Gründungssammlung der For-

schungsgemeinschaft vorweg genommen und heisst: "Es wurden Bedenken laut, ob nicht das Nationalkomitee "Freies Deutschland" während des Krieges in einer auch von uns nicht zu billigen Weise Landesverrat betrieben hätte und ob es heute nicht als Exponent oder Werkzeug einseitig bolschewistischer und sowjetischer Machtpolitik anzusehen sei. Die Geschichte des Gremiums "Freies Deutschland" kann man in grossen Zügen als bekannt voraussetzen. Die meisten Mitglieder dieses Nationalkomitees fühlten sich durchaus als Kämpfer gegen Hitler und damit für Deutschland, als Angehöriger einer Organisation, wie sie in vielen anderen alliierten Ländern mit ähnlichen Zielen unter anderem Namen bestanden haben! Dass sie sich auf sowjetrussischem Boden konstituierten, lag sicher mehr an ihrem Kriegsschicksal als an irgendeiner Weltanschauung. Wir sprechen hier wohl gemerkt von den einfachen Mitgliedern des Nationalkomitees, die als Gefangene sicher nicht in der Lage waren, eine Politik zu überschauen, deren Auswirkungen wir heute alle am eigenen Leibe verspüren. Es besteht aber kein Zweifel darüber, dass schon bei der Gründung des Nationalkomitees die führenden und treibenden Kräfte eindeutig darauf hinarbeiteten, einer ausländischen Macht ein Instrument zu schaffen, mit dessen Hilfe sie später ihre Ziele auf deutschem Boden durchsetzen wollte. Umso erstaunlicher ist es, dass die Arbeitsgemeinschaft aus diesen Tatsachen keine andere Konsequenzen zieht als die, dass sie das Nationalkomitee als gleichberechtigt anerkennt.

Sie gibt auch eine steigende Verwendung sogenannter Stalingrad-Offiziere in Schlüsselstellungen der russischen Zone zu. Sie weiss aber nicht, inwieweit es sich dabei "wirklich um eine Aktion des "Freien Deutschland" handelt oder um den Entschluss einzelner, mit den Russen zusammenzuarbeiten und sich vorher entsprechend schulen zu lassen." Wenn aber ein organisatorisches Fortbestehen des "Freien Deutschland" nicht einwandfrei feststellbar ist, auf der anderen Seite jedoch das Wirken massgeblicher Mitglieder dieser Bewegung "als Exponenten oder Werkzeuge einseitig bolschewistischer und sowjetischer Machtpolitik" klar hervortritt, wieso kommt dann die Forschungsgemeinschaft trotzdem zu dem Schluss, dass das "Freie Deutschland" genau dasselbe wollte, "wie das "Anderes Deutschland"? Es ist heute eine Binsenweisheit, dass die wirtschaftliche und politische Spaltung Deutschlands mit Hilfe einer sowjetaktionierten Wirtschaft und einer in Zwangsblocks gelegten Politik vom Osten ausgeht. Es unterhält sich kein Mensch mehr ernsthaft darüber, ob die zu diesem Zweck gestarteten "überzonalen" und "überparteilichen" Organisationen dem Interesse Deutschlands oder dem einseitigen Interesse einer ausländischen Macht dienen. Sollten diese Binsenwahrheiten bei der Gründung der Forschungsgemeinschaft so ganz und gar übersehen worden sein? Zumindestens der dem Arbeitsausschuss angehörende Wehrmachtspfarrer hätte doch das Wort von den Früchten, an denen man sie erkennen soll, in die Debatte werfen sollen!

Wir empfehlen jedenfalls der Forschungsgemeinschaft des "Anderen Deutschland" - um nicht in den Verdacht zu kommen, eine in der gleichen Art "überparteiliche" Institution wie die kommunistischen Volkskongresse etc. pp zu sein - recht bald einen eindeutigen Trennungsstrich

zwischen sich und allen jenen zu ziehen, die nachgewiesenermassen Exponenten bolschewistischer und sowjetischer Machtpolitik (das ist eine gegen das deutsche Volk gerichteten Politik) sind. Es besteht dabei kein Zweifel, dass die lachenden Erben jenes Vorfünfundvierziger-Nationalkomitees, soweit sie heute im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands sichtbar sind, zu diesen Exponenten gehören. Wenn das "Andere Deutschland" nicht vom "Freien Deutschland" frei wird, dann wird das "Andere Deutschland" kein freies Deutschland, sondern unter Führung des "Freien Deutschland" ein anderes, nämlich ein unfreies Deutschland werden. (m/B40/35/1/he)

Mundtote Demokratie in Süddeutschland

Warum lässt General Clay die demokratische Parteipresse nicht zu?
Von Joseph Schwinghammer

Als Julius Streicher die Macht in Nürnberg übernahm, stattete er noch am selben Abend dem dortigen SPD-Blatt einen Besuch ab. Er zog an der Spitze seiner Horden zum Gebäude der "Fränkischen Tagespost". Dieses weithin sichtbare Hochhaus war das Zentrum des antihitlerischen Widerstandes in der Metropole des Frankenlandes gewesen. Dafür wurde es unter der Führung Julius Streichers vom Keller bis zum Dachböden geplündert, die Büros verwüstet, die Druckerei betriebsunfähig gemacht. Zum Unterschied von anderen Städten Deutschlands liess Streicher nicht irgendein nationalsozialistisches Ersatzblatt auf den modernen Rotationsmaschinen der "Fränkischen Tagespost" drucken. Er liess die Maschinen, so wird berichtet, mit Schweissapparaten einfach kaputt machen. So hasste ein Julius Streicher die sozialdemokratische Presse.

Nürnberg war kein Erstfall und kein Einzelfall. Schon beim ersten Hitlerputsch im Jahre 1923 wurde das Haus der "Münchener Post" vom nationalsozialistischen Mob überfallen. In den Redaktionsräumen und in der Druckerei dieses Blattes hausten schon damals Hitlers hoffnungsvolle Jünger wie die Vandalen. Begreiflich, solange in der Weimarer Republik das Recht des freien Wortes galt, scholl den Nationalsozialisten aus der sozialdemokratischen Presse die Stimme eines unbeugsamen Widerstandes entgegen.

Es war einer der ersten Akte des nationalsozialistischen Regimes, die sozialdemokratische Presse zum Schweigen zu bringen und damit Millionen aufrechter Demokraten mundtot zu machen. In Süddeutschland traf dieses Schicksal neben der "Münchener Post" und der "Fränkischen Tagespost", die Stuttgarter "Schwäbische Tagwacht" und die Frankfurter "Volksstimme". Die grosse Lesergemeinde dieser Blätter erwartete, dass nach dem Verschwinden der Hitlerherrschaft diese bewährte demokratische Kampfpresse ohne weiteres wieder erscheinen können. Aber darauf warten sie heute noch - drei Jahre nach dem Waffenstillstand. In halbzerbombten Verlagshäusern sind schon längst wieder alle Vorbereitungen für das Wiedererscheinen dieser Blätter getroffen worden. Nicht nur geeichte Sozialdemokraten würden sie lesen.

Auch der in seinem politischen Glaubensbekenntnis unsicher gewordene frühere Nationalsozialist würde sich stark an die Meinung einer Presse halten, die ihm vor dem März 1933 unermüdlich die Warnung entgegengeschleudert hatte: "Hitler bedeutet Krieg!"

Warum also ist in der amerikanischen Zone die sozialdemokratische Presse bisher auf einige Mitteilungsblätter kümmerlichen Umfanges beschränkt geblieben? Weil offenbar einige Mitarbeiter des General Clay ein Vorurteil gegen die "Parteipresse" haben und die Pressefreiheit lieber von einer leichter kontrollierbaren Lizenzpresse ausüben lassen. Man muss nun doch einmal die Frage aufwerfen, ob die bequemste Form der Kontrolle auch die beste Form der demokratischen Pressefreiheit ist. Glaubt man wirklich, dass man zum Beispiel in Berlin die Sache der Demokratie von einer "Lizenzpresse" der Art, wie sie in der amerikanischen Zone erscheint, erfolgreich vertreten lassen könnte? Das anzunehmen, wäre einfach absurd. Dort, wo es im geistigen Kampf schon längere Zeit hindurch hart auf hart geht, wie eben in Berlin, hat man der Parteipresse den nötigen Spielraum einräumen müssen. Niemand kann der Parteipresse in Berlin und in der britischen Zone vorwerfen, dass sie sich nicht als ein Instrument demokratischer Offensivkraft bewährt hätte. Dem Westmarsch kommunistischer Einflüsse in Deutschland kann nur durch demokratische Gesinnung Einhalt geboten werden und durch den unverfälschten Ausdruck dieser Gesinnung in der Presse.

Diese Gesichtspunkte sind der amerikanischen Militärregierung von sozialdemokratischer Seite schon oft und eindringlich vorgetragen worden. Optimisten gaben sich der Hoffnung hin, dass die Ausschaltung der sozialdemokratischen Zeitungen in Süddeutschland, und natürlich auch der Presse aller zugelassenen Parteien, Anfang 1948 ein Ende finden werde. Es lagen auch Zusagen vor. Findige Mitarbeiter des General Clay sind aber in letzter Zeit auf ein neues Verschleppungsmanöver verfallen. Sie wollen die Bevölkerung durch ein Plebiszit zwischen Beibehaltung der Lizenzpresse und der Wiederbewilligung der Parteipresse entscheiden lassen. So wurde es jedenfalls Vertretern sozialdemokratischer Blätter in Aussicht gestellt.

Die Zeiten sind für solche Spässe etwas zu kritisch. Will man wirklich z.B. Kommunisten darüber entscheiden lassen, ob sie lieber in getarnter oder ungetarnter Form Propaganda machen? Sollen unpolitische Menschen über den Lesestoff des politisch bewussten Teiles der Bevölkerung befinden? Sollen ehemalige Nazis darüber mitentscheiden, ob die von Hitler und Streicher unterdrückten sozialdemokratischen Zeitungen in München und Nürnberg, in Stuttgart und Frankfurt wieder erscheinen dürfen? Der Gedanke eines solchen Presse-Plebiszits ist töricht und unmoralisch zugleich. Er ist auch politisch eine Unmöglichkeit. Wollen die Verantwortlichen gegen die systematische Vergiftung und Einschüchterung der süddeutschen Bevölkerung Front machen, dann sollen sie schleunigst eine Presse zulassen, zu der die aktiven demokratischen Elemente Vertrauen haben. Die Zeit drängt.

Französische Diskussionen um das Ruhrgebiet

Léon Blum und die Argumente der deutschen Sozialdemokraten

G.M. - Bekanntlich wurden auf der Internationalen Sozialistenkonferenz am 24. und 25. April in Paris keine Beschlüsse über die Ruhrgraben gefasst. Ein Resolutionsentwurf, der die internationale Sozialisierung des Ruhrgebietes vorsah und bei dem zwar die Beteiligung der Deutschen garantiert wurde, ohne jedoch eine klare Formulierung über die Sozialisierungsmöglichkeiten anderer europäischer Rohstoffbasen zu enthalten, wurde von mehreren Delegationen abgelehnt. Man einigte sich schliesslich darauf, diesen Fragenkomplex auf der am 4. Juni in Wien stattfindenden Internationalen Sozialistenkonferenz erneut zu besprechen.

Léon Blum hat sich nun dieser Tage im "Populaire", dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs, mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Vorbehalte der deutschen Sozialdemokraten gegen den ursprünglichen Resolutionsentwurf stichhaltig seien. Die Vertreter der SPD hatten geltend gemacht, dass eine Internationalisierung des Ruhrgebietes ohne die Garantie für die parallele Internationalisierung der übrigen europäischen Rohstoffbasen von einem grossen Teil des deutschen Volkes gewissermassen als "Import-Idee" betrachtet werden würde. Die Folge einer solchen Einstellung wäre die Kompromittierung des Sozialisierungsgedankens und die Möglichkeit einer Belebung nationalbolschewistischer Propaganda, deren in Berlin und Moskau sitzende Drahtzieher nur auf den Augenblick warten, wo sie den deutschen Sozialdemokraten vorwerfen könnten, sie seien im Begriff, das Letzte, noch Deutschland verbleibende Wirtschaftspotential "dem Ausland auszuliefern."

Blum sagt nun in dem oben erwähnten Artikel, es sei zwar leicht, eine derartige lügenhafte Kampagne der Nationalbolschewisten zu widerlegen, da bei dem diskutierten Resolutionsentwurf die gleichberechtigte Beteiligung Deutschlands ausdrücklich festgelegt worden sei und da ausserdem die an der Konferenz beteiligten sozialistischen Parteien zum Ausdruck brachten, das Ruhrgebiet solle politischer Bestandteil Deutschlands bzw. eines deutschen Staates bleiben. Er gibt zu, dass die Gegenargumente gegen eine nationalbolschewistische Propaganda juristisch zwar klar und deutlich seien, aber gleichzeitig nicht ausreichen würden, um die primitiven und massiven Vorwürfe der Gegenseite abzuschwächen. "Die Befürchtung", sagt Léon Blum, "eine wirksame und gefährliche Waffe in die Hände des kombinierten deutschen Kommunismus und Nationalismus zu legen, darf nicht als ein Hirngespinnst angesehen werden."

Léon Blum fragt abschliessend, ob es unter diesen Umständen nicht richtig wäre, die vorliegenden Entwürfe zur Lösung des Ruhrproblems noch einmal unter diesen Gesichtspunkten zu diskutieren.

(b/B52/54/1/he)

Heimkehrer-Massengrab in der Ostzone

sp. Oft tauchte in der letzten Zeit die bange Frage nach Heimkehrern aus dem Osten auf, die nach Mitteilungen und Berichten unbedingt im Heimkehrerlager Frankfurt/Oder, der ersten Station auf deutschem Boden, eingetroffen sein mussten. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen hatten lange Zeit schon Kartengrüsse mit ihnen getauscht und auf diesem Wege vom bevorstehenden Heimtransport erfahren. Doch dann senkte sich ein dichter Schleier auf die Heimkehr, weder Post noch der Mann selbst trafen in der Heimat ein.

Wo bleiben die Heimkehrer? Diese Frage wurde oft an die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt, ohne dass sie befriedigend gelöst werden konnte. Das Erlebnis einer Frau aus einem Flüchtlingslager in Süddeutschland kann uns die gestellte Frage beantworten. Aus Sicherheitsgründen für die betroffenen Personen der Ostzone mussten Personen- und Ortsnamen weggelassen werden.

Der Ehemann der Frau befand sich seit Kriegsende in russischer Gefangenschaft in der Nähe von Moskau und stand mit ihr in schriftlicher Verbindung. Seine Entlassung kündigte er schriftlich kurz vor seinem Abtransport aus dem Innern Russlands seiner Frau an. Nach seiner Mitteilung wurde er am 21. Januar 1947 in den Heimkehrerzug verladen. Von diesem Zeitpunkt an blieb jedes Lebenszeichen aus. Anfang Sommer 1947 fuhr die Frau mit Interzonenpass nach Berlin W 8, Kananierstrasse 35, um sich über den Verbleib ihres Mannes beim Suchdienst der sowjetischen Zone zu erkundigen. Sie erhielt dort folgende Auskunft: Anfang Februar 1946 war ihr Mann im Entlassungslager Frankfurt/Oder eingetroffen. Wenige Tage später ins Kriegsgefangenenlager überwiesen, wo er in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1947 verstorben sei. Stahenden Fusses begab sich die Frau in das genannte Erholungslager. Der Lagerleiter, ein deutscher Arzt, erklärte ihr, ihr Mann sei an Entkräftung gestorben wie viele andere hier in seinem Lager. Die Angehörigen dieser Toten zu verständigen, sei ihm verboten worden, weiterhin sei ihm untersagt worden, die verstorbenen Kriegsgefangenen nach landesüblicher Art zu bestatten. Er könne ihr auch das Grab ihres Mannes nicht zeigen, weil kein Grabhügel zu erkennen sei.

Auf Drängen der Frau begab sich der Arzt mit der Krankenschwester zu ihrer Begleitung auf den Friedhof und mit Hilfe eines im Besitz des Friedhofwärters befindlichen Planes wurde die Stelle ermittelt, wo der Kriegsgefangene beerdigt wurde. Der ganze Friedhof war eine gleichmässige ebene Fläche mit Ausnahme einer 40 cm tiefen Senkung von acht mal vier Metern im Geviert. Auf eine Frage antwortete der Lagerleiter, dass hier 800 verstorbene deutsche Kriegsgefangene begraben liegen und erklärte, er dürfe ihre Angehörigen nicht verständigen. (M/Bl-st/55/1/ho)

Verantwortlich: Peter Raunau